



Kiel, 29. Mai 2019

Nr. 130 /2019

Martin Habersaat, MdL, Oliver Kaczmarek, MdB:

## Digitalisierung und Ganztagschule – unsere Schulen müssen sich weiterentwickeln

*Am 28. und 29. Mai 2019 trafen sich auf Einladung der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag die schulpolitischen Sprecher nahezu aller SPD-Landtagsfraktionen sowie der Bundestags- und der Europafractionen zu einem Erfahrungs- und Meinungsaustausch. Die Ergebnisse der Tagung fassen Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der gastgebenden Fraktion, und Oliver Kaczmarek, bildungspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, zusammen:*

„Anstrengungen für mehr Chancengerechtigkeit dürfen nicht nachlassen: Es bleiben noch immer zu viele Schülerinnen und Schüler auf der Strecke; sie verlassen die Schule ohne einen qualifizierten Abschluss und mit unzureichenden Kenntnissen und Fähigkeiten. Knapp 20 Jahre nach PISA ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen zwar deutlich reduziert, aber noch nicht endgültig auf-gebrochen worden. Die bestmögliche individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern bleibt unser Ziel. Ein Hebel dafür ist die Ganztagschule, die allen Schülerinnen und Schülern unabhängig von ihrem Wohnort zugänglich sein muss; sie gleicht die unterschiedlichen Bildungshintergründe aus, die die Kinder und Jugendlichen zuhause vorfinden. Ein weiterer Hebel ist die im Koalitionsvertrag verankerte Bund-Länder-Initiative zur Förderung von Schulen in benachteiligten sozialen Lagen.

Digitalpakt Schule schafft neue Möglichkeiten der individuellen Förderung: Das Gezerre um den Digitalpakt hat nach langem Ringen ein Ende gefunden. Das hartnäckige Drängen der SPD,

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

keine weiteren Verzögerungen zu akzeptieren, hat sich schließlich ausgezahlt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz werden sich in den Ländern für eine schnelle Umsetzung engagieren, damit die Mittel endlich bei den Schulen ankommen. Die neuen technischen Möglichkeiten schaffen auch neue Optionen bei der Binnendifferenzierung und der individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern. Diese müssen genutzt werden. Wir wünschen uns, dass die Intention des Digitalpakts dauerhaft fortgesetzt wird.

Dank der SPD kommt die Mindestausbildungsvergütung: Unser Bildungswesen kann aus Sicht der Sozialdemokraten nur erfolgreich sein, wenn die Gleichwertigkeit der allgemeinbildenden und der berufsbildenden Schulen gewährleistet ist. Die SPD-Bundestagsfraktion hat gegen den Widerstand des Wirtschaftsministeriums und die Untätigkeit der Bildungsministerin die Mindestausbildungsvergütung durchgesetzt - ein wichtiger Schritt, um unser Ziel, die berufliche Bildung attraktiver zu machen, zu erreichen.

Europa soll allen jungen Menschen offen stehen: Auf europäischer Ebene soll das Programm „Erasmus +“ dafür sorgen, dass alle jungen Menschen Erfahrungen im Aus-land sammeln können - neben Studierenden auch Auszubildende und Schülerinnen und Schüler. Das langfristige Ziel der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es, jedem jungen Menschen eine ERASMUS+ Lernerfahrung zu ermöglichen, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Zunächst soll die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu verdreifacht werden. Dafür braucht es eine bessere finanzielle Ausstattung und ein unbürokratisches Antragsverfahren.

„Fridays for Future“ als Impuls zur Schulentwicklung: Die Sozialdemokraten freuen sich darüber, dass sich die Schülerinnen und Schüler wieder verstärkt in die politische Diskussion einbringen, unter anderem bei „Fridays for Future“. Politische Bildung beschränkt sich nicht auf ein einzelnes Schulfach. Ziel unseres Bildungssystems sind junge Menschen, die Verantwortung für sich und andere übernehmen. Uns ist wichtig, einen Dialog auf Augenhöhe zu führen. Wir wünschen uns, dass Schulen die Themen im Unterricht aufgreifen und dass Schulgemeinschaften gemeinsam beraten, was sie selbst für den Klimaschutz tun können. Letztlich können die „Fridays for Future“-Demonstrationen sogar ein Impuls zur Schulentwicklung sein.“